

9. Zürcher Bildungsoffensive für die Gebäudebranche

Motion Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Nicola Siegrist (SP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf) vom 16. Mai 2022

KR-Nr. 158/2022, RRB-Nr. 1156/31. August 2022 (Stellungnahme)

Motion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Sie alle wissen um die Klimakrise und um deren existenzielle Bedrohung für uns. Sie alle wissen auch um die Bedeutung des Pariser Klimaabkommens, um die Treibhausgasemissionen bis spätestens 2050 auf netto null zu senken. Und Sie wissen auch, unser Regierungsrat ist bestrebt, das Netto-null-Ziel schneller, das heisst, wenn irgendwie möglich bis 2040 zu erreichen. Im Kanton Zürich müssen noch über 100'000 Öl- und Gasheizungen durch klimaneutrale Heizsysteme ersetzt werden. Damit die Gebäudebranche diese Heizsysteme ersetzen, die Gebäude sanieren und die erneuerbaren Energien ausbauen kann, ist sie auf genügend gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Allein für die Solarbranche wird gemäss einer Studie der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) vom Juli 2020, der zusätzliche Fachkräftebedarf in der Schweiz auf mehrere tausend Personen geschätzt.

Den eigentlichen Engpass beim Ausbau der Fotovoltaik stellt die Ausbildung von PV-Fachplanern dar. Auf jede zusätzliche Fachplanerin müssen mehrere zusätzliche Montagepersonen folgen. Bund und Gebäudebranche haben den Handlungsbedarf erkannt und anfangs 2022 die «Bildungsoffensive Gebäude» gestartet. Sie haben dazu einen Massnahmenkatalog erarbeitet, um dem Kompetenz- und Fachkräftemangel in verschiedenen Berufen und Bildungsstufen zu begegnen. Die Stärkung der Aus- und Weiterbildung geniesst dabei eine besondere Priorität. Mit einer eigenen Bildungsoffensive im Gebäudebereich soll der Kanton Zürich zusammen mit der mit der Branche und den Berufsverbänden und den Bildungsanbietern und allen weiteren Akteuren, wie beispielsweise der Arbeitslosenversicherung, dafür sorgen, dass der Branche möglichst schnell genügend Fachpersonen zur Verfügung stehen. Wir fordern, dass der Kanton mit seinen Partnern auf Basis der nationalen «Bildungsoffensive Gebäude» einen wirksamen Massnahmenplan erarbeitet und dem Kantonsrat eine Vorlage für eine befristete gesonderte Finanzierung einer solchen Bildungsoffensive vorlegt.

Der Regierungsrat lehnt diese Motion ab. Er argumentiert wie folgt: Mit Verweis auf die von ihm im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie 2021 lancierte und bis 2025 befristete Bildungsoffensive sieht er keinen Bedarf für eine gesonderte Offensive. Es sei zudem – das ist das zweite Argument – Sache der Solarbranche, für genügend beruflichen Nachwuchs zu sorgen, und der Kanton könne dieser höchstens beratend und unterstützend zur Seite stehen. Zudem befürchtet der Re-

gierungsrat Doppelspurigkeiten mit der Bildungsoffensive für den Gebäudebereich auf Bundesebene. Und viertens sei die Gebäudebranche – und das ist lässt besonders aufhorchen – nicht als Bereich des öffentlichen Interesses eingestuft. All diese Argumente sind für uns nicht stichhaltig genug. Der Klimaschutzartikel in der Verfassung verpflichtet den Kanton dazu, Massnahmen zur Begrenzung des Klimawandels zu ergreifen. Der öffentliche Auftrag ist also klar gegeben. Zweitens verschweigt der Regierungsrat, dass der allergrösste Teil der mit seiner Bildungsoffensive zur Verfügung gestellten Mittel in die Ausweitung der Stütz- und Förderkurse an den Berufsfachschulen und nur ein sehr kleiner Teil in das generelle Lehrstellenmarketing fliesst. Und drittens verlangen auch wir, dass eine kantonsweite Bildungsoffensive für den Gebäudebereich gut auf diejenige des Bundes abzustimmen ist, also von Doppelspurigkeiten keine Rede. Der Fachkräftemangel im Gebäudebereich gefährdet das Erreichen der Energie- und Klimaziele, die Bildungsoffensive für den Gebäudebereich ist daher dringend nötig.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Bei dieser Motion haben wir die altbekannte Forderung – wir haben das auch schon gehabt –, aufgrund eines Wandels – jetzt ist es der Klimawandel – gewisse Berufsfelder bevorzugt zu unterstützen, ihnen finanzielle Unterstützung zu geben. Dazu ein paar Überlegungen: Wir haben in der Schweiz rund 250 verschiedene EFZ (*Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis*), also 250 verschiedene Ausbildungen. Dazu kommen die EBA (*Eidgenössisches Berufsattest*), dazu kommt der Ausbildungsbereich «Validation des acquis» et cetera, et cetera, wahrscheinlich würde man dann auf weit über 250 kommen.

Berufsbildung ist Dynamik. Laufend werden neue Berufsbilder erarbeitet – es ist gesagt worden, beispielsweise Solarinstallateurin, Solarinstallateur –, Berufsbilder verschwinden aber auch laufend, weil sich die Gesellschaft eben wandelt und weil es gewisse Berufsbilder vielleicht auch nicht mehr braucht. Mindestens alle fünf Jahre steht ja eine Überprüfung der Bildungsverordnungen durch das SBFI (*Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation*) und die Organisationen der Arbeit, die Sozialpartner, an. Das sind im Schnitt rund 50 pro Jahr und damit mindestens eine pro Woche, das ist also ein sehr grosses Geflecht. Was die Motion jetzt will, ist, dass der Kantonsrat von diesen 250 EFZ eine oder einige wenige Berufsbilder der Gebäudebranche herauspickt und separat fördert; dies mit der Begründung der Dekarbonisierung und der Klimastrategie.

Wichtig ist zu wissen, dass in der Berufsbildung nicht die Schulen oder der Kanton die Inhalte bestimmen, sondern die Organisationen der Arbeit, die Berufsverbände, die Branchen. Sie sind in der Regel auch für die Lehrmittel zuständig, und aus diesem Grund passt die Förderung durch eine Motion nicht unbedingt ins Konzept der Berufsbildung. Es ist viel zielführender, denjenigen Weg zu gehen, den der Regierungsrat eingeschlagen hat oder eben einzuschlagen vorschlägt, generell die Vermarktung der Lehre zu fördern, die Zahl der Mittel für die Unterstützung generell zu erhöhen – nicht spezifisch jetzt für ein oder zwei Berufsbilder – und hier auch in der Werbung, im Verständnis, in der Gesellschaft etwas Neues zu tun und mehr zu schaffen. Die Branchen müssen selbst für ihren Nachwuchs

besorgt sein. Das gilt auch für die Gebäudebranche. Es ist nicht gesagt, dass, wenn wir jetzt hier zusätzliche Mittel hineinschiessen, dann mehr Jugendliche automatisch diesen Beruf ergreifen. Also diesen Zusammenhang müsste man mir dann noch erklären.

Ich erinnere an die Diskussion rund um das CO₂-Gesetz auf Bundesebene, aber auch in Bezug auf das Energiesetzbildungsgesetz auf kantonaler Ebene. Mit diesen Veränderungen allein werden genügend Berufe und Interesse gefördert, sodass es nicht noch zusätzliche Massnahmen seitens des Kantons braucht; Massnahmen, die notabene letztlich marktverzerrend sind und ein negatives Zeichen gegenüber den anderen Berufen aussenden könnten. In diesem Sinne wird die FDP die Motion nicht unterstützen.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Wieder einmal soll hier das Gewerbe mit Geld gelobt werden, diesmal, um die Welt zu retten. Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich in der Schweiz im Bereich von 2 Prozent. Das bedeutet in der Arbeitslosigkeit fast Vollbeschäftigung. Nun meine ganz einfache Frage: Woher möchten Sie die Personen durch eine gesonderte Finanzierung für die Bildungsoffice genau herholen? Ja, Sie merken es, diese gibt es gar nicht. Die sind nämlich bereits an einem anderen Ort beschäftigt. Und würde die Strategie noch aufgehen, so fehlen diese Personen an anderen Orten. Und dann sehe ich Ihre neuen Vorstösse schon: «Wir brauchen Geld, um dem Kräftenmangel im Beruf XY entgegenzutreten.» Sie merken es, diese Strategie geht nicht auf. Diese Strategie braucht es gar nicht, denn Sie wissen: Das Gewerbe ist um einiges agiler als die Politik. Während wir hier drinnen lang um den heissen Brei herumdiskutieren und philosophieren, in dieser Zeit haben sich die Betriebe im wirklichen Leben schon lange positioniert. Denn die Betriebe haben Verantwortung, bezahlen Löhne, möchten Geld verdienen. Und das machen die Betriebe in der Gebäudebranche wie auch die Verbände wie auch die Zulieferer. Haben Sie Vertrauen in das Gewerbe, es kann das.

Und noch einer von vielen Aspekten: Eine weitere, grosse Gefahr in der Übersteuerung der natürlichen Gewerbeentwicklung besteht darin, dass kurzfristig Ausbildungsstätten und Ausbildungsinfrastrukturen geschaffen werden, welche keine nachhaltige Funktion haben. Sie sehen also, das Geld braucht es nicht, denn das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Mir ist bewusst, einige sehen das völlig anders. In diesem Sinne lehnen wir diese unnötige, trügerische Motion ab. Tun Sie es ebenfalls. Danke.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): «Power zu the People – Energie zu den Leuten», so könnte man die Aufgabe der Gebäudebranche in etwa zusammenfassen. Bis 2040 wollen wir hier im Kanton möglichst auf netto null, das ist eine enorme Aufgabe. Und das führt dazu, dass auch enorme Arbeiten im Bereich der Sanierungen, der Dämmungen, Solaranlagen auf Gebäuden und anderer Infrastruktur sowie des umfassenden Heizungsersatzes erforderlich ist. Und für diese Aufgaben, das ist schwarz auf weiss belegt, fehlen uns heute schlicht tausende von Fachkräften. Ja, die Zeichen der Zeit, die wurden erkannt. Die Branche hat gemeinsam mit dem Bund begonnen, Massnahmen zu ergreifen, und im Übrigen in Zusammenarbeit

mit dem Bund, nicht völlig allein; dies für alle Gewerbefetischisten hier drin. Aber das wird nicht reichen. Das wird nicht reichen, wenn man sieht, wie schnell der Umbau unseres Energiesystems in den nächsten Jahren vonstattengehen muss. Und deshalb wollen wir hier mit dieser Motion, dass im Kanton Zürich zusätzliche Massnahmen ergriffen werden.

Nun, die Regierung sagt, das sei nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, das machten die Branchen schon. Und schon gar nicht bestehe ein öffentliches Interesse daran, dass genügend Fachkräfte vorhanden sind für die Energiewende. Entschuldigung, aber das ist schlicht naiv. Die Energiewende ist systemrelevant, und wenn die Regierung das nicht erkennt, dann müssen wir ihr als Parlament nachhelfen. Dazu kommt ein weiterer Aspekt: Es wird jetzt viel über Ausbildung gesprochen, neue Ausbildungsgänge, die geschaffen werden, dafür sorgen, dass es Angebote gibt für jene, die es nutzen wollen. Aber es gibt einen weiteren Aspekt und das sind die Arbeitsbedingungen in der Gebäudebranche. Die Vertretung der Angestellten der Beschäftigten, also die Gewerkschaften fordern seit Jahren in diesem Bereich bessere Arbeitsbedingungen, und am 7. Oktober vergangenen Jahres waren in Zürich über 1000 Elektrikerinnen und Gebäudetechniker auf der Strasse. Der GAV (*Gesamtarbeitsvertrag*) soll diese Berufe aufwerten und dafür braucht es eine Verbesserung des GAV. Auf 2025 wurden jetzt kleine Verbesserungen in Kraft gesetzt, aber auch das wird niemals reichen. Die Arbeitgeber möchten sogar die Arbeitsbedingungen noch flexibilisieren und verschlechtern. Das geht nicht! Auch das müssen wir berücksichtigen und deshalb diese Motion überweisen. «Power to the People» heisst «Energie zu den Leuten», aber es heisst auch, die Beschäftigten in dieser Branche zu ermächtigen.

Und dann noch ein kurzer Nachtrag an die SVP, an Herrn Schmidinger: Sie werfen jetzt die Hände und sagen «da kann man ja eh nichts machen, wir haben eh zu wenige Leute!». Aber dann müssen Sie mir ganz klar etwas beantworten: Wollen Sie entweder, dass wir Leute umschulen und dafür sorgen, dass in der Schweiz die Leute in die richtigen Berufe gehen und damit die Energiewende umsetzen? Oder wollen Sie b) Migration? Sie müssen sich entscheiden. Hier haben Sie einen Vorschlag auf dem Tisch. Sie wissen, ich habe nicht so viele Probleme damit, wenn Leute zu uns kommen, um die Energiewende umzusetzen. Aber Sie schreien ja jede Woche mit ihrer Migrationsproblematik. Entweder sind Sie ehrlich und sagen «wir ergreifen die Massnahmen in der Schweiz unter anderem mit dieser Motion» oder Sie sind – na ja, das würde mich nicht erstaunen – einfach heuchlerisch. Herzlichen Dank.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Der Regierungsrat soll dem Kantonsrat eine Vorlage für eine befristete Bildungsoffensive zur Deckung des Fachkräftebedarfs für die Dekarbonisierung des Gebäudesektors unterbreiten. Ein guter Vorschlag, finden wir, passend zur Klimastrategie netto null 2040. Doch der Regierungsrat will nicht, es gebe auch in anderen Bereichen Fachkräftemangel. Das stimmt. Das Sicherstellen von genügend Lehrstellen sei in erster Linie Sache der Branche und Verbände, auch das stimmt, und der Bund habe auch ein solches

Programm angestossen, auch das stimmt wiederum. Die EVP anerkennt diese Argumente des Regierungsrates. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb man nicht das eine tun und das andere nicht lassen sollte. Angesichts der Dringlichkeit und Dramatik des Klimawandels, der Klimakrise, können wir uns nicht mehr leisten, mal erst ein bisschen abzuwarten, wie sich alles entwickelt. Jetzt ist die Zeit zum Handeln – auch in der Gebäudebranche. Die EVP unterstützt diese Motion das.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Die Einrichtung einer eigenen Bildungsoffensive in einem spezifischen Bereich, wie hier die Gebäudebranche, die auch noch auf den Kanton Zürich beschränkt ist, führt zu Doppelschwierigkeiten. Die Effizienz und Wirksamkeit der bereits bestehenden Bildungsinitiativen von 2022 auf Bundesebene können beeinträchtigt werden. Zudem hat der Regierungsrat bereits umfassende Bildungsmassnahmen beschlossen und finanzielle Mittel dafür bereitgestellt, was die Notwendigkeit eines zusätzlichen Vorstosses grundsätzlich infrage stellt. Ferner ist das Sicherstellen von genügend Lehrstellen in einem Berufsfeld in erster Linie Sache der Branchenverbände und Betriebe. Ebenso ist eine Förderung von Bildung und Weiterbildung von Stellensuchenden sowie die berufliche Grundbildung und Umorientierung im Rahmen von arbeitsmarktlichen Massnahmen nicht eine Kernaufgabe der Arbeitslosenversicherung und daher abzulehnen. Wir überweisen nicht.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Wir werden die Motion nicht unterstützen. Uns allen ist bewusst, dass die Renovation von Gebäuden und Umrüstungen von Heizungen einen grossen Einfluss auf den allgemeinen CO₂-Ausstoss haben und es dazu auch die notwendigen Fachkräfte braucht. Der Regierungsrat will sich dem Thema «Fachkräftemangel in der Gebäudebranche» innerhalb der umfassenden Bildungsoffensive annehmen, welche auch andere Berufe miteinschliesst, bei welchem Fachkräftemangel besteht. Gleichzeitig muss der Kanton auch auf die Bildungsoffensive in der Gebäudebranche des Bundes Rücksicht nehmen. Die Mitte erachtete es als zielführender, wenn der Fachkräftemangel mit einer umfassenden Bildungsoffensive in allen Berufen angegangen wird und nicht nur in spezifischen Bereichen. Eine übergeordnete Betrachtungsweise ist sicher zielführender. Zudem soll die Wirkung von den aufgegleisten Massnahmen zuerst abgewartet und evaluiert werden, um daraus allenfalls neue Massnahmen abzuleiten. Deshalb soll der Regierungsrat erst etwas erarbeiten, bevor wieder steuernd eingegriffen wird.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Gerne gebe ich meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin im Vorstand von Swiss Solar (*Schweizer Technologieunternehmen*). Im Gebäudebereich haben die Kantone den grössten Hebel für die Dekarbonisierung. Der Kanton Zürich mit seiner grossen Bevölkerung und fast 230'000 Gebäuden, 13 Prozent aller Gebäude in der Schweiz, hat eine grosse Verantwortung. Im Gebäudebereich bei den Sanierungen geht auch was. In neun Jahren, zwischen 2013 und 2022, hat sich die Zahl der Gebäude, welche erneuerbar beheizt werden, verdoppelt und lag 2022 bei 28 Prozent. Bis 2040 wollen wir bei

100 Prozent sein. Es geht was, aber es geht deutlich zu langsam. Jährlich sollten schweizweit 30'000 Heizungen ersetzt werden, aktuell sind es 10'000.

Frau Wydler, wenn Sie sagen «wir warten ab und schauen, was diese Programme bringen werden»: Wir haben keine Zeit, abzuwarten. Wir müssen vorwärtsmachen – jetzt und heute. Letztes Jahr wurden schweizweit 1,5 Gigawatt an Solarleistungen zugebaut. Damit wir die Klimaziele erreichen können, muss diese Zahl auf 2 oder 2,5 Gigawatt angehoben werden. Dafür braucht es Fachleute, welche diese Arbeiten planen, auf der Baustelle anleiten und auch machen. Leider herrscht schon seit langer Zeit Fachkräftemangel. Dies zeigen auch die Zahlen der Abschlüsse in den Gebäudetechnikberufen, denn diese sind rückläufig. Wenn die notwendigen Fachleute nicht ausreichend zur Verfügung stehen und auch nicht genügend kompetent sind, dann werden wir die Klima- und die Energieziele nicht erreichen können.

Herr Schmidinger und Herr Kläy, ich bin überrascht über Ihre Aussagen, dass Sie sagen «der Markt wird das schon richten, das Gewerbe kann das». Der Bund und die Branche zusammen haben erkannt, dass es Massnahmen braucht und haben die «Bildungsoffensive Gebäude» lanciert. Also auf Bundesebene gibt es ein Programm, in welchem die Branche mit dabei ist. Der Regierungsrat hat – sagt er zumindest in seinem Bericht – auch erkannt, dass es eine Bedeutung hat und dass es wichtig ist. Er möchte aber Doppelspurigkeiten durch eine kantonale Bildungsoffensive vermeiden. Frau Steiner und auch Frau Koch, ich kann verstehen, dass Sie keine Doppelspurigkeiten wollen, das wollen auch die Motionäre nicht; sie wollen keinen Leerlauf und sie wollen keine Doppelspurigkeiten. Der Kanton könnte die vom Bund gefällten Massnahmen auf seinem Gebiet verstärken. Er könnte innovative Projekte, welche in anderen Kantonen heute schon erfolgreich funktionieren, auch im Kanton Zürich ausrollen. Der Kanton Aargau hat ein Solarzentrum finanziert. Darin finden nun Ausbildungen statt für Quereinsteiger, neue Mitarbeitende von Solarfirmen und für Stellensuchende, die das RAV (*Regionales Arbeitsvermittlungszentrum*) beisteuert, die sich neu orientieren und in eine zukunftssträchtige Branche einsteigen wollen. Sie müssen nicht mal ein Zentrum erstellen, das hat der Kanton Aargau schon gemacht, sondern Sie müssten einfach Leute zuführen und sich mit dem Kanton absprechen.

Ein weiteres schönes Beispiel aus der Solarbranche ist «Refugees go solar», ein innovatives schweizweites Angebot im ersten Arbeitsmarkt, welches den «Watt d'Or»-Preis 2023 gewonnen hat, einen Preis des Bundes im Energiebereich. Jungen Geflüchteten wird der Einstieg in das Bildungssystem der Schweiz ermöglicht. Sie haben eine Arbeit bei einem Arbeitgeber und bekommen gleichzeitig Bildung. Ziel ist eine Stelle im Arbeitsmarkt und Qualifikationen, die auch daheim eine Chance bieten, auf eigenen Beinen zu stehen.

Sehr geehrte Frau Steiner, die Klimakrise ist dringend. Es müssen alle Direktionen aktiv werden. Wir dürfen doch nicht die Low-hanging-Fruits jetzt schon hängen lassen. Die Kantone müssen die Hebel nutzen, die sie haben, und ein solcher liegt im Gebäudebereich. Deshalb rufe ich Sie auf, die Motion zu unterstützen.

Nicola Siegrist (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es ist ja schon eine ziemliche Kiste. Ich erinnere Sie daran – für jene, die bei der Kleiderwahl nicht aufgepasst haben –, es wird heute 28 Grad warm. Die Leute hier drin, die ein bisschen älter sind als ich, sollten wissen: Das ist für Anfang April nicht gerade üblich. Natürlich, es kann ein einmaliges Wetterphänomen sein, das ist tatsächlich auf der Skala in der Zeitdimension «Wetter». Danke, SVP, falls Sie mich hätten darauf hinweisen wollen, ich habe das selbst auch studiert, aber trotzdem ist es ein Hinweis darauf, dass etwas vielleicht nicht ganz so läuft, wie es laufen sollte. Gut, bei SVP und FDP erstaunt mich das nicht, Sie haben sich noch nie für die Zukunft unserer Generation interessiert (*Zwischenrufe*). Aber dass die GLP jetzt davon spricht, dass wir da allfällige Doppelspurigkeiten hätten, Entschuldigung! Okay, der Bund ergreift Massnahmen im Energiebereich, unterstützt vielleicht den Ausbau von Solarenergie und anderen Stromerzeugungsmethoden. Soll der Kanton jetzt nichts mehr machen, weil es vielleicht Doppelspurigkeiten gibt? Was ist das für eine absurde Logik? Die Energiewende bedingt, dass wir auf jeder Staatsebene – so ist die Schweiz organisiert – die notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Bedürfnisse zu decken. Und hier haben wir ein Bedürfnis, nämlich: Wir brauchen mehr Fachkräfte, die sind nicht da. Und wenn wir nichts machen, dann sagen wir in zehn Jahren «oh ja, Scheisse, wir können das Ziel gar nicht erreichen, das wir uns selbst gesetzt haben, weil wir die Massnahmen nicht haben folgen lassen». Die GLP schreibt sich ja auf die Fahne, sie sei die Clean-Tech-Vertretung. Diese Branche sucht händeringend nach Leuten. Und was macht ihr? Kaum kostet es etwas, sagt ihr Nein. Also die Argumentation, die Position war schwach, das ist wohl rausgekommen. Und die SVP ist mir immer noch eine Antwort schuldig. Ich gehe davon aus, dass Sie sich nicht getrauen, eine zu geben. Ich empfehle Ihnen, die Motion zu überweisen.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Die Motionärinnen und Motionäre möchten der Branche mehr Leute zuführen. Ja, natürlich, das ist ein ehrbares Ziel, aber die betreffenden Leute, die diese Ausbildungen dann wählen, müssen das dann auch noch wollen. Und es steht nichts dagegen, wenn sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverband oder Arbeitgeberorganisationen der betreffenden Branche für bessere Bedingungen aussprechen, damit man aufgrund dieser besseren Bedingungen dann eben in den Berufen auch mehr Nachfrage hat und das umsetzen kann, was Sie jetzt im Kanton Zürich machen möchten. Gegen das spricht nichts: Gute Verhandlung, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im gleichen Boot. Aber dafür braucht es den Kanton Zürich nicht.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Dem Gewerkschaftsfetischisten geht es gar nicht um die Fachkräfte, sondern nur ums Geld. Er hat nur immer vom Geld gesprochen, komisch. Und Herr Galeuchet hat schon wieder eine Krise, so schade. Wir sind nämlich – zwar in der Bildungsdebatte – in der Klimakrisendebatte angekommen. Sollten wir die Migranten aufrufen, arbeiten zu kommen, so wird an-

schliessend von der linken Seite wieder nach mehr Förderkursen gerufen. Die Unternehmen machen es richtig, ihr habt nur kein Vertrauen in die Unternehmen. Aber für diese Jobs braucht es die JUSO oder auch die SP nicht. Es wäre vielleicht auch gut, wenn die linke Seite vor 8 Uhr aufstehen würde und arbeiten ginge, statt nur gewerkschaftliche Tätigkeiten auszuüben. Das «08.00» kommt nicht von mir, sondern von eurem Co-Präsidenten Wermuth (*Nationalrat Cédric Wermuth*), daran mögt ihr euch vielleicht noch erinnern, das ist nicht mein Spruch. Und ja, heute haben wir 28 Grad, das ist doch schön, und morgen leider schon wieder 14 Grad kälter. Schade, jetzt hatte ich mich auf den Frühsommer schon eingestellt, aber jetzt haben Sie mir den ganzen Tag verdorben, sorry. Ablehnung dieser Motion!

René Isler (SVP, Winterthur): Ich bin nach wie vor in einem Bildungsrat tätig, in der Metallindustrie. Ich muss sagen, die Motion trifft ein einziges Kapitel auf dem Punkt: Die Bildungsoffensive braucht es, aber eben nicht nur für die Gebäudebranche. Es braucht im Allgemeinen ein Umdenken. Und ich denke, Frau Regierungsrätin und Bildungsdirektorin, da könnte man vielleicht auch ohne grossen finanziellen Aufwand Früherkennung oder Frühförderung machen, damit man auch in der Oberstufe wieder einmal zu Buche geht und sagt: Lernt etwas, aber lernt auch einen Handwerksberuf. Das Handwerk ist nach wie vor ein goldener Boden. Es ist hier drin unbestritten, es kann nicht jeder studieren, Arzt werden oder eine Fachhochschule absolvieren. Am Ende des Tages muss man auch etwas machen, da ist auch der Isolateur. Und glauben Sie mir, Sie können staatlich verordnen, was Sie wollen, wenn Sie die jungen Leute nicht dazu motivieren können, um genau diese Tätigkeit zu machen, dann können Sie noch so viel staatliche Förderung machen, wie Sie wollen, Sie können Geld ausgeben dem Teufel ein Ohr ab, es nützt alles nichts! Die Berufsverbände, aber auch die Bildung in den Oberstufen, sind gehalten, ihre Arbeitsfelder so attraktiv wie möglich zu machen. Wer an Berufsmessen geht, wer sich zum Teil auch in Fachhochschulen bewegt, auch an der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*). Man schaut schon etwas salopp herunter auf die Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die «nur» – in Anführungszeichen und Schlusszeichen – eine Berufslehre machen. Dabei: Wenn man schaut, wie viele offene Stellen jedes Jahr nicht mehr besetzt werden können. Wir hatten in diesem Rat, zwar nicht an dieser Stätte, aber diesem Kantonsrat, einmal eine grosse Debatte «Kein Anschluss nach dem Berufsabschluss» (*gemeint ist KR-Nr. 366/2004 «Kein Abschluss ohne Anschluss: Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit»*). Also da ging es darum, dass wir Stellen schaffen müssen. Das ist zwar heute ein riesig grosses administratives und finanzielles Monster, aber wir haben es noch nicht geschafft, den jungen Oberstufenschülerinnen und -schüler zu sagen: Lern auch ein gutes Handwerk, dann hast du die Zukunft! Das sind gefragte Leute, wir reden ja nicht umsonst auch vom Fachkräftemangel. Also wenn wir so operieren und sagen können «wir brauchen wieder mehr auch Junge, die gewillt sind, von morgens bis abends irgendeine handwerkliche Tätigkeit zu machen», dann ist allen geholfen. Und mit einer staat-

lichen Förderung, wie es jetzt einfach da um die Gebäudebranche geht, damit allein bringen Sie keinen Schulabgänger auf irgendeine Baustelle, weder auf das Dach noch unten auf den Boden, wenn er herunterfällt, als Gärtner, das schaffen Sie einfach nicht. Wir müssen da frühzeitig sensibilisieren, dann kommt das gut.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Ich gebe meine Interessen bekannt für Herrn Rochus Burtscher: Ich arbeite als Bauphysiker in einem Bauphysikbüro und als Mitglied der Geschäftsleitung dieses Bauphysikbüros. Also ich bin in der Branche, das wollten Sie ja vorhin hören, das haben Sie jedenfalls gesagt. Also Bauphysik, das müssen Sie wissen, Bauphysik kann man in der Schweiz nicht lernen, man kann es nicht studieren. Es braucht Bauphysiker. Man kann das in Deutschland lernen, darum haben wir viele deutsche Bauphysiker hier. Es wäre aber ein Anliegen, dass man in der Schweiz eine Ausbildung einführt und nicht nur so kleine Weiterbildungen. Das Problem ist jetzt, dass es keine Ausbildung gibt, und das war in der Solarbranche bis, glaube ich, letzten Sommer auch der Fall: Man muss dann in den Firmen viel aufwenden, um die Leute auszubilden. Sie lagern das Problem auf die Branche aus, wenn Sie nichts machen, und das kostet die Firmen unnötig Zeit, die sie eigentlich gerne in die Bauprojekte investieren würden. Und sie müssen das selber finanzieren.

Und das ist ganz einfach ein wichtiger Grund, warum man jetzt eine Bildungsoffensive starten müsste, dass nicht die Firmen selber verantwortlich dafür sind, dass sie ihre Leute selber ausbilden können, sondern dass das übergeordnet funktioniert. Darum bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen. Danke.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich sehe, heute wird sich die Laisser-faire-Politik in diesem Rat einmal mehr durchsetzen. Wohin das führen wird, sehen wir im Gesundheitswesen, auch Sie beklagen dort den Ärzte- und Pflegefachkräftemangel. Wir sehen es im Bildungswesen, auch Sie beklagen dort den Lehrerinnen- und Lehrermangel. Und heute? Sie boykottieren die Energie- und Klimaziele, hinter die Sie sich ja jeweils ebenso engagiert stellen oder zumindest so tun, als ob Sie sich für diese einsetzten. Das beste Beispiel ist heute die GLP. Ihr selbst wollt in eurer Strategie das Netto-null-Ziel 2040 erreichen. Aber wie, diese Antwort seid ihr uns heute einmal mehr schuldig geblieben. Und einfach damit wir uns richtig verstehen: Wir sehen diese Motion als Unterstützung des Gewerbes. Wir möchten die Initiative der Branche unterstützen und sicher nicht behindern. Wir fordern auch kein milliardenschweres Paket, damit das hier auch klar gesagt ist, wir fordern, dass die Bildungsdirektion sich auf Basis des bundesweiten Massnahmenplans zusammen mit allen Akteuren überlegt, welche Massnahmen im Kanton Zürich sinnvoll unterstützt werden können. Vielleicht wird das einige Millionen kosten, vielleicht auch weniger, aber wir fordern hier keine gigantischen Summen, einfach, damit das hier klar gesagt ist.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich finde mich hier in einer Klimadebatte wieder und bin überzeugt, dass wir im nächsten Traktandum (*KR-Nr. 169/2022*) dann eine Ausländerdebatte führen werden.

Die Gebäudebranche spielt beim Erreichen der kantonalen und nationalen Energie- und Klimaziele eine wichtige Rolle, darüber besteht Einigkeit. Wir sprechen hier und heute aber auch über die Bildungssystematik und über die bisher sehr erfolgreiche tripartite Partnerschaft im Bildungsbereich im Berufsbildungswesen. Und es ist so, wie in vielen Branchen besteht auch in der Gebäudebranche momentan ein Arbeitskräfte- und ein Fachkräftemangel. Der Arbeitskräftemangel betrifft aber nicht nur diese Branche. Ihre Argumente von links wie rechts zur Förderung dieser Branche gleichen denjenigen in den Pflegeberufen, den Lehrberufen, bei den Ärzten und so weiter. Und wenn wir bei jedem Beruf einzeln eingreifen würden, dann hätten wir bald den Überblick nicht mehr und könnten auch nicht effizient und zielgerichtet die Berufsbildung unterstützen.

Ich habe diesen Morgen schon beim letzten Geschäft (*KR-Nr. 85/2022*) ausgeführt, dass der Regierungsrat eine umfassende Bildungsoffensive mit verschiedensten Massnahmen in der Berufsbildung beschlossen hat. Die nötigen finanziellen Mittel wurden dafür bewilligt. Der Regierungsrat will gemeinsam mit allen Verbundpartnern dem aktuellen Arbeitskräftemangel aktiv entgegenwirken. Das Sicherstellen von genügend Lehrstellen in einem Berufsfeld ist dagegen Sache der Branchen und Verbände. Die Verbände der Gebäudebranche haben das erkannt. Auf nationaler Ebene wurde zusammen mit «Energie Schweiz» ein Massnahmenkatalog erarbeitet. Dieser wird nun von den verschiedenen Akteuren umgesetzt. Diese Branchenmassnahmen auf nationaler Ebene ergänzen die Berufsbildungsoffensive des Kantons. Eine kantonale Initiative, die sich ausschliesslich auf den Gebäudesektor beschränkt, ist nicht sinnvoll. Es käme zu Doppelspurigkeiten und zu Abgrenzungsfragen beim Vollzug. Zum Gebäudesektor lassen sich rund 100 Ausbildungen und Weiterbildungen zählen. Das geht vom Gipser bis zum Geomatikingenieur. Allein die Umsetzung und der Vollzug einer solchen Initiative würde beim Kanton zu einem bürokratischen Monster führen. Ich fände das schade um das Geld, ich hätte es lieber wirklich an der Basis. Und deshalb will der Regierungsrat das nicht. Die Branche muss für gute Arbeitsbedingungen und attraktive Ausbildungsmöglichkeiten selber sorgen, und das tut sie auch. Der Kanton unterstützt, indem er unsere Kinder und Jugendlichen gut ausbildet und die duale Bildung weiter stärkt. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 158/2022 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.